

Haushalt und Finanzen 2014



Rede des Vorsitzenden der CDU-Fraktion Grünen, Klaus-Viktor Kleebaum anlässlich der Verabschiedung des Kreishaushaltes 2014 am 18. Dezember 2013

(Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

nach den politischen Entscheidungen in Berlin können wir erstmals nach vielen Jahren etwas gelassener in die Zukunft blicken, weil der abgeschlossene Koalitionsvertrag einige wichtige Punkte mit großen finanziellen Auswirkungen für die Kommunen enthält. Das setzt natürlich voraus, dass die Absichtserklärungen (z.B. zum Sofortprogramm oder Übernahme der Eingliederungshilfe) auch tatsächlich umgesetzt werden.

All diejenigen, die politischen Einfluss auf Bundes- und Landesebene haben, sind ab sofort aufgerufen, Bund und Länder zu der versprochenen zeitnahen Mittelzuweisung zu bewegen.

Die Auswirkungen auf den Haushalt 2014 sind derzeit noch nicht absehbar, sodass eine konkrete Entlastung – seriös betrachtet – wohl erst im nächsten Haushaltsjahr 2015 eintreten wird.

Ungeachtet dessen werden wir den Kreishaushalt 2014 auf einer soliden, transparenten und wirtschaftlichen Grundlage verantwortungsvoll umsetzen, der von der hervorragenden Umlagequote von 34,08 Prozentpunkten gekennzeichnet ist, den Städten und Gemeinden unseres Kreises weiteren Handlungsspielraum gibt und der – perspektivisch gesehen – beherrschbare Risiken in Höhe der Umlagesenkung von 0,62 Prozentpunkten oder ca. 1,3 Millionen Euro beinhaltet. Hinzu kommt die landesweit geringste Jugendamtsumlage mit einem Hebesatz von 16,46 Prozent.

Damit, meine Damen und Herren, werden wir nicht nur den Erwartungen der Bürgermeister und den Räten gerecht, sondern führen den berechenbaren Weg unserer soliden Haushaltswirtschaft fort, auf den der Dülmener Kämmerer schon zu Beginn der Haushaltsberatungen mit den Worten „Ich vertraue hinsichtlich der Absenkung der Kreisumlage voll den Kreistagsabgeordneten“ hingewiesen hat.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion wird dem Haushaltsentwurf mit der abgesenkten Kreis- und Jugendamtsumlage in der nunmehr vorliegenden Form zustimmen, weil sie eine gute Grundlage für die weitere positive Entwicklung der Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger bietet. Genau dies ist der Ausgangspunkt unserer erfolgreichen Politik seit Jahren und soll auch Maßstab für die Zukunft sein – wie es auch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel für die kommende Wahlperiode im Bund angekündigt hat.

Unsere Ausgangslage – daran darf ich erinnern – ist in unserer schnelllebigen Zeit nicht nur für nordrhein-westfälische Verhältnisse vorbildlich. Die nachfolgenden Beispiele sprechen meines Erachtens für sich:

Die Arbeitslosenquote weist – seit Jahren – mit zurzeit 3,2 Prozent und 1,6 Prozent Langzeitarbeitslosen den besten gemessenen Wert nördlich der Main-Linie aus. Unerreicht in Nordrhein-Westfalen sind die Selbstständigen- und die Insolvenzquote. Die Bertelsmann Stiftung meldete bereits im vergangenen Jahr in ihrer Bildungsstudie „Deutscher Lernatlas“ Platz 1 für den Kreis Coesfeld in NRW. Der U3-Ausbau nimmt mit ca. 43 Prozent landesweit einen Spitzenplatz ein – und dies alles, meine Damen und Herren, unterlegt durch die nach wie vor niedrigste Umlagequote pro Einwohner aller Kreise in Nordrhein-Westfalen. Von 12 aktuellen Bundesleistungssiegern im

Handwerk kommen 4 aus unserem Kreis. Unsere kommunalen Unternehmen – z. B. die Sparkasse Westmünsterland – führt – im Gegensatz zu vielen anderen – ca. ein Drittel ihrer Gewinne an den Kreis sowie seine Städte und Gemeinden ab. Und das bundesweit angestrebte Frauenquorum in leitenden Funktionen haben unsere Unternehmen und die Verwaltungen bereits in weiten Teilen erfüllt.

Wenn uns der grüne Umweltminister aktuell attestiert, dass wir nun auch im Verbraucherschutz in der Champions League spielen, nehmen wir dies gern zur Kenntnis, ohne uns – als Mehrheitsfraktion – über politische Erfolgszuordnungen zu streiten.

All dies, meine Damen und Herren, sind Entwicklungen, an denen sich andere ein Vorbild nehmen, Entwicklungen, an denen unsere Bürgerinnen und Bürger, Unternehmer und Beschäftigten, aber auch die Verwaltung und Politik aktiv mitgewirkt haben. Es sind nachdrückliche Zeichen dafür, dass sich Kontinuität und Zuverlässigkeit sowie vertrauensvoller Umgang miteinander über die Jahre hinweg auszahlen, und zugleich Ausdruck dessen, dass erfolgreiche Regionen vor allem deshalb erfolgreich sind, weil vor Ort tatkräftige Menschen an der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung arbeiten.

Die Mitglieder meiner Fraktion sind sich der Stellung und Entwicklung unseres Kreises durchaus bewusst und auch stolz darauf! – Und das zu Recht, denn an dieser Entwicklung haben im Kern viele mitgearbeitet und haushalterisch über Jahre eine vernünftige Grundlage geschaffen.

Dies zeigt sich u. a. auch in den laufenden Haushaltsberatungen. Ob man das avisierte Sparziel von ca. 1,3 Millionen Euro als möglicherweise zu ambitioniert oder ein wenig zu „risikobehaftet“ bezeichnet, sind politische Wertungen, die man aus Oppositionskreisen – entgegen der Auffassung aller Bürgermeister im Kreis – aus „grundsätzlichen fiskalischen bzw. politischen Erwägungen“ vertreten mag.

In der Tat ist die Bewertung der Landschaftsumlage risikobehaftet, weil sie ausschließlich kreditfinanziert ist. Sie kann allerdings – ebenso wie die von uns avisierten Personal-, Pensions- und Bedarfsausgabenreduzierungen – im „worst case“ ohne Probleme durch andere budgetorientierte Sparmaßnahmen oder notfalls durch Rücklagenentnahme aufgefangen werden. Dabei sind mögliche Einnahmen aus dem zugesagten Sofortprogramm des Koalitionsvertrages im Jahr 2014 noch nicht einmal berücksichtigt.

Ausgehend von dieser soliden Haushaltsgrundlage haben wir unsererseits einige zukunftsorientierte Signale in den Haushaltsberatungen gesetzt, die offensichtlich auch in den anderen Fraktionen auf Akzeptanz gestoßen sind.

Die Erarbeitung eines integrierten Klimaschutzkonzepts mit der Zielsetzung, vorhandene Einzelaktivitäten im Bereich Energie und Klimaschutz zu bündeln und die lokalen Akteure zusammenzuführen, gehört dabei ebenso zur Signalsetzung wie die dauerhafte Unterstützung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft zur Einrichtung einer Technologiestelle.

Soweit unser Kreis mehr als 5,1 Millionen Euro zum Ausbau und zur Verbesserung der Berufskollegs im kommenden Jahr investiert und dabei die gute Zinssituation zur KfW-Mittelverwendung nutzt, ist dies Ausdruck eines guten Finanzmanagements und rechtfertigt die – nur vorübergehend – eintretende geringe Netto-Neuverschuldung. Gleiches gilt auch für die mit einem Sperrvermerk versehene Abrufung von Fördermitteln im Vorfeld des ersten greifbaren Objekts der „Regionale 2016“ – der „WasserBurgenWelt“ in Lüdinghausen.

Dass alle Fraktionen unseren Prüfauftrag an die Verwaltung zur Einführung von Ärzte-Stipendien unterstützen, ist ein gutes Zeichen. Wir wollen mögliche Probleme frühzeitig angehen und ihnen durch geeignete Maßnahmen vorausschauend begegnen. Ein gleiches Signal muss auch für den Nachwuchs im Pflege- und Erziehungsbereich gesetzt werden.

Meine Damen und Herren, dies sind kleine, aber richtige Schritte zur Weiterentwicklung unserer guten Lebensverhältnisse im Kreis. Unsere Politik der „kleinen Schritte ohne Fehlritte“ hat sich bewährt und soll auch in den nächsten Jahren weitergeführt werden, indem durch unser Modell „Ambulant vor stationär“ ein bewährtes Grundgerüst vorhanden ist.

Wir werden den bedarfsgerechten U3-Ausbau ebenso im Auge behalten wie die Erweiterung der Angebote der Ganztagschulen oder das große Thema „Inklusion“.

Zur Klarstellung: Wir stehen zur Inklusion! Wir halten es für selbstverständlich, dass alle schulpflichtigen Kinder entsprechend ihren persönlichen Fähigkeiten und Bedürfnissen individuell gefördert und begabungsgerecht gefordert werden. Allerdings bedarf es hierzu einer echten Wahlmöglichkeit der Eltern bei der Schulwahl für ihre Kinder, die keinesfalls zu einer Verschlechterung der derzeitigen Rahmenbedingungen führen darf. Regelungen, die zu einer zwangsläufigen Schließung unserer Förderschulen aufgrund nicht erreichbarer Mindestgrößen führen, sind allerdings genauso inakzeptabel wie die fehlende finanzielle Ressourcenzuweisung durch das Land Nordrhein-Westfalen. Damit die wichtige Aufgabe der „Inklusion“ auch im Kreis Coesfeld qualitativ und quantitativ angemessen erfüllt werden kann, bedarf es einer behutsamen Entwicklung und vor allem der Bereitstellung der erforderlichen – finanziellen – Ressourcen. Hier werden die Kommunen leider noch nicht ausreichend berücksichtigt und bei fehlender Einigung bis Ende Januar 2014 den Klageweg beschreiten, den wir auch im dauernden Umverteilungskampf unserer Städte und Gemeinden nach wie vor gegen das Land NRW unterstützen.

Meine Damen und Herren, wir werden zudem die richtigen Impulse zur Umsetzung der „Regionale 2016“, z. B. mit den Projekten „WasserBurgenWelt“ in Lüdinghausen, „Bewegtes Land“ in Olfen oder „Intergeneratives Zentrum (IGZ)“ in Dülmen, geben sowie die Ziele der wichtigen Infrastrukturmaßnahmen im Straßen- und ÖPNV-Bereich mit entsprechenden Finanzmitteln unterlegen. Darüber hinaus werden wir uns nach der Kommunalwahl mit dem Lüdinghausener Begehren auf Einführung des LH-Kennzeichens – wenn entsprechende Erfahrungswerte aus anderen Kreisen vorliegen – neu und offen auseinandersetzen. In einvernehmlicher Abstimmung ist den Initiatoren des Lüdinghausener Bürgerbegehrens bereits vor einiger Zeit diese Zusage von unserer Seite gegeben worden.

Meine Damen und Herren, alle angeführten Maßnahmen sind getragen von einer soliden finanziellen Grundlage und das obgleich dem Kreis und seinen Städten und Gemeinden durch die GFG-Umverteilung jährlich durchschnittlich 25 Millionen Euro Schlüsselzuweisungen genommen wurden.

Allein diese Entwicklung bereitet uns Sorgen, nachdem der Bund die Grundsicherung (jährlich 4 Milliarden Euro) übernommen und die teilweise Übernahme der Eingliederungshilfe (5 Milliarden Euro) zugesagt hat. Die FAZ stellt aktuell hierzu fest:

„Hannelore Kraft betont auf Veranstaltungen der Basis zwischen Rhein und Weser derzeit, wie viel sie doch herausgeholt habe für Nordrhein-Westfalen. Tatsächlich aber ist ihr Handlungsspielraum so eingeschränkt wie nie zuvor, seit sie das Ministerpräsidentenamt übernommen hat. Das größte Problem ist und bleibt der Haushalt. Rund 140 Milliarden Euro Schulden hat Nordrhein-Westfalen mittlerweile. Gut 4 Milliarden Euro muss das Land Jahr für Jahr für Zinsen aufwenden. Andere Bundesländer erwirtschaften sogar Überschüsse, und Nordrhein-Westfalen nimmt noch einmal mehr als 2 Milliarden Euro neue Schulden auf. Es bleibt schleierhaft, ob und wie Rot-Grün von 2020 an die Regeln der Schuldenbremse einhalten will. Strukturelles Sparen findet – mit Ausnahme der Nullrunden für besserverdienende Beamte – nicht statt. Stattdessen kürzt Rot-Grün vergleichsweise kleine, aber bedeutsame Zuschüsse, etwa im Denkmalschutz, und zieht sich im ganzen Land Unmut zu.“

Ein fortwährender Quell des Unmuts ist auch das Thema Inklusion: das gemeinsame Lernen von behinderten und nichtbehinderten Kindern. Die so genannte Kommunale Familie, um die sich die Regierung Kraft ganz besonders kümmern wollte, brachte Rot-Grün mit einer ungerechten Solidarumlage für notleidende Städte und Gemeinden gegen sich auf. Nach heftigen Protesten der Kommunen reduzierte Rot-Grün die Zwangsumlage. Das Beispiel zeigt, wie verunsichert und deshalb sprunghaft die Regierung Kraft mittlerweile ist.“

Meine Damen und Herren, die Bürgermeisterrunde im Kreis Coesfeld fordert mit Recht, die Umsetzung der vereinbarten kommunalen Entlastungsziele auf Bundes- und Landesebene kritisch zu begleiten, damit die erforderlichen Finanzmittel auch auf der kommunalen Ebene ankommen.

Meine Damen und Herren, auf weitreichende Ausführungen zum Stellenplan der Verwaltung möchte ich an dieser Stelle verzichten. Die bisherigen Erfahrungen und die aktuellen Ergebnisse der Gemeindeprüfungsanstalt bestätigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind und uns auf den Landrat und seine Mitarbeiter verlassen können.

Gerade in Zeiten aufhellender wirtschaftlicher Verhältnisse sollten im Rahmen des rechtlich Möglichen im nächsten Jahr Beförderungen vorgenommen werden, um die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu stärken und Aufstiegsmöglichkeiten zu eröffnen.

Mein besonderer Dank gilt zudem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Finanzbereich und der Mitarbeiterschaft der Kreisverwaltung, die wesentlich dazu beitragen, dass unser Kreis in vielen Bereichen die „Nummer 1“ in Nordrhein-Westfalen ist und – nach meiner festen Überzeugung – auch bleiben wird.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

- - -